

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Reichsbüro Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftskonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontor Dresden Nr. 140.



Ankündigungen: Die 82 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf. Die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluß 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Sonntags-Beilage, Verlauschnisse von Holzplatten auf den Staatspostrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 291

Dresden, Montag, 15. Dezember

1924

Zu Chamberlains Romreise.

London, 14. Dezember.
Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Außen-Chamberlain, leichte gesterne nach Rom nach London zurück. Sein Besuch in Rom wird hier allgemein als äußerst bedeutend betrachtet. Seine Teilnahme an den Sitzungen des Völkerbundsrates habe, wie der amliche britische Justizminister dazu berichtet, gezeigt, welche Bedeutung die neue britische Regierung dem Völkerbund beimstet, und habe dem Staatssekretär überdies Gelegenheit gegeben, sich in das Werken des Völkerbundes persönlich einen Einblick zu verschaffen, der besonders wertvoll sein dürfte im Hinblick auf die von ihm ausgesprochene Absicht, den künftigen Tagungen des Völkerbundes, sobald es ihm möglich sei, als britischer Delegierter zuwohnen. Die Reise habe Chamberlain fernherin in Stand gezeigt, mit Herron, Mussolini und anderen hervorragenden europäischen Staatsmännern persönlich Fühlung zu nehmen und mit ihnen die großen Linien und allgemeinen Strömungen hinsichtlich der Schweden und der künftigen europäischen Fragen zu erörtern. Manche seiner Äußerungen hätten allerdings durch die Presse eine zu bestimmte Form erhalten, so besonders seine Aussage über das Genfer Protokoll, die von der "Daily News" dahin umschrieben wurde, daß Chamberlain erklärt habe, er könne über die Haltung einer britischen Regierung gegenüber dem Genfer Protokoll erst dann Beschiedenes sagen, wenn die Dominions gehört worden seien, und erkenne die Notwendigkeit an, Frankreich die Absicht zu schaffen, daß die Sicherheit zu verschaffen, daß das Genfer Protokoll vermessen lasse. Man erwartet, daß Chamberlain in den kommenden Wochen gelegentlich der Debatte im Unterhaus über die auswärtige Politik genauere Auffklärungen über in Rom gewonnenen Eindrücke geben wird.

London, 15. Dezember.

In einer Übersicht über die Reise Chamberlains nach Paris und Rom schreibt der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" u. a.: Chamberlain werde vielleicht in der Lage sein, den Vertrag zu bestätigen, der Herron die Absicht zuschreibt, Großbritannien über alle neuen Entwicklungen in den französisch-russischen Beziehungen auf der Grundlage der Gegenleistung unterrichtet zu halten. Es sei begehrlich, daß die britische Regierung möglichstweise in der Lage und bereit sei, in bestimmtem Maße dem italienischen Bunde die berühmten Tanger entgegenzutun. Eine solche Regelung würde keine außerordentlichen Schwierigkeiten bringen.

Bezüglich des Themas der Verlängerung der britischen Mission bemerkt der Rechtsritter vorbehaltlos der Verhandlung legaler Formen durch die Missionen sowie der Fortdauer der vorjährlichen Haltung Deutschlands gegenüber müsse die französische Regierung die Bereitschaft der englischen Regierung erkennen haben, nicht den französischen Befehl im Rheinland durch britische Befreiung aus Köln vor der Durchsetzung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb angemessener Zeit in Schwierigkeiten zu bringen.

Aus "Sunday Times": In das Ergebnis des Besuchs Chamberlains in Paris und in Rom eine feste Entente. Es werde zweifellos zu einem freundlicheren und engeren Zusammenspiel zwischen England, Frankreich und Italien beim politischen Aufbau Europas führen.

Die Tagung des Völkerbundsrates geschlossen.

Rom, 14. Dezember.

Der Präsident des Völkerbundsrates Mello Franco (Brazilien) hat gestern nach Verhandlung zweier Fragen über den griechisch-türkischen Verdrällungskonflikt und über die griechischen Minoritäten in Konstantinopel sowie nach Genehmigung zweier Berichte über die Gründung eines internationalen Instituts in Paris entsprechend einem Angebot der französischen Regierung und über die Gründung eines internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts die 32. Session des Völkerbundsrates für geschlossen erklärt. In

der Frage des Bevölkerungsaustausches sei ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes im Haag eingeholt worden und an die Tagung der nächsten Konferenz verwiesen worden, da die türkische und die griechische Regierung bei der nächsten Tagung des Völkerbundes neues Material zu dieser Frage unterbreiten wollen.

In Sache der Errichtung eines Internationalen Instituts in Paris hat die französische Regierung an den Rat einen Brief verlangt werden und wird mit der Ratifikation

gleichzeitig, in dem das Institut für das Frankreich die notwendigen Räume und die Ausgaben zur Einrichtung sowie jährlich zwei Millionen Franken zum Völkerbund zur Verfügung stellt, für automatisch erklärt wird. Sämtliche Sitzungen für das Institut, gleichzeitig von welcher Seite sie ihm zugeschenkt werden, bleiben freie. Die Verpflichtung gilt auf sieben Jahre, kann aber jeweils auf weitere sieben Jahre verlängert werden und wird mit der Ratifikation

durch das französische Parlament endgültig. Der Rat erhält in diesem Brief der französischen Regierung eine Abmachung, die den Wünschen der ganzen Völkerbundversammlung entspricht, und beauftragt seine Präsidenten, den Beifall des Rates der französischen Regierung mitzuverleihen.

Jur die Gründung des internationalen Rechtstitutes in Rom hat die italienische Regierung einen Abgabentwurf vorgelegt, der zur Begutachtung an die verschiedenen Völkerbundorganisationen weitergeleitet wird. Außerdem soll eine Kommission von fünf europäischen Richtern, die unter dem Vorstoß des neuwählten Präsidenten des Völkerbundes bestellt wird, den Rat die Ausarbeitung des italienischen Rechtstitutes vorlegen.

Der Ratpräsident würdigte dann in einer Schlussansprache die Arbeit dieser Tagung, wobei er auch die neuen Vorschläge über das Kontrollrecht des Völkerbundes über den Rückungsstand von Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien erwähnte und vom Generalsekretär Protokoll meinte, daß die Vertragung seineswegs das Vertrauen erschüttere, daß die Partei in Frage kommen, die die Anerkennung zur Bildung einer Rechtsregierung gegeben hat.

Ein Kabinett der großen Mitte?

Die Krise noch immer akut.

Berlin, 15. Dezember.

Heute tritt die Regierung Marx zurück. Der Rücktritt erfolgt, ohne daß vorläufig ein Erfolg vorhanden wäre und ohne den Willen der Freien Wähler, die Neubildung der Regierung zu nehmen und mit ihnen die großen Linien und allgemeinen Strömungen hinsichtlich der Schweden und der künftigen europäischen Fragen zu erörtern. Herr Stresemann, als der für den Bürgerblock außerordentlicher Kanzler, scheint sich inzwischen davon überzeugt zu haben, daß die Zentrumspartei nicht daran denkt, sich aktiv an einem Bürgerblock zu beteiligen. Die "Germania" befürwortet die Vermittlung in ihrer Sonntagsausgabe, indem sie ganz offen sagt, daß eine aktive Mitarbeit nicht in Frage komme. Die Frage, welche Stellung die Partei zu einer Bürgerblockregierung, also einer Minderheitsregierung der ausgeschlossenen Rechten, eingenommen wird, beantwortet das Blatt wie folgt:

"Auch, das wird ganz von der Politik abhängen, die dieses Kabinett treibt. Auf jeden Fall würde der Charakter eines solchen Kabinetts das Zentrum zu erhöhter Nachdrücklichkeit zwingen. Im Übrigen können wir in Geduld abwarten und denen zunächst das Wort überlassen, die diese Krise herbeigeführt haben. Parteidiskussionen gefehen, fühlen wir uns in der Rolle des Zuschauers vorläufig recht wohl. Mag die Deutsche Volkspartei, die erklärt, sie stände hier und könne nicht anders, zunächst stehen, wie sie mit der Politik, die sie begonnen hat, zu Hande kommt. Wir sehen für das Zentrum gar keinen Anlaß, sich jetzt noch vorne zu drängen und glauben, daß auch für uns die Zeit kommt, wo wir ein wenig Deutsche Volkspartei spielen können und unerschrockt erklären: hier stehen wir, wir können auch nicht anders."

Es ist mehr als fraglich, ob unter diesen Umständen ein Bürgerblock, oder besser: ein Rechtssblock überhaupt zustandekommt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ein Kabinett Marx nach einer Krise von einigen Wochen in mehr oder weniger veränderter Form wiederkommt, und nach dieser Regierung ein Kabinett der großen Mitte die Geschichte des deutschen Volkes leiten wird.

Die S. P. D.-Führer beim Kanzler.

Berlin, 14. Dezember.

Der Reichskanzler hat gestern die Abg. Wels, Hermann Müller, Dittmann und Dr. Hilferding als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei empfangen. Die Ansprache nahm, im Gegensatz zu den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den bürgerlichen Parteichefs, infolge einer anderen Verlosung, als die Sozialdemokraten die Bildung abgaben, daß sie den Ausfall der Wahlen dahin deuten könnten, daß sich daraus eine Bestätigung und Billigung der bisherigen Reichspolitik, vor allem der Außenpolitik, ergeben habe, und daß für die Sozialdemokraten daher, da sie diese Politik unterstützt hätten, nur eine Erweiterung der Regierung nach links in Frage kommen könne. Sie forderten ferner für den Fall, daß eine Rechtsregierung zustande käme, die schärfste Opposition mit allen Mitteln im Reichstag an.

Der Reichskanzler hat keine Erklärung abgegeben, da er sich nicht in der Lage sieht, hinsichtlich der Regierungsbildung jegliche Verhandlungen zu führen. Die Praktizierung der

sozialdemokratischen Partei des Reichstages wird voransichtlich am Donnerstag stattfinden.

Vor der Reichspräsidenten dem Reichsatzeller schon eine Mietitung darüber gemacht haben sollte, welche Persönlichkeiten er mit der Bildung der neuen Regierung beauftragen würde, ist kaum anzunehmen. Zunächst dürfte dafür die Partei in Frage kommen, die die Anerkennung zur Bildung einer Rechtsregierung gegeben hat.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 15. Dezember.

Reuerdin verzweigt, daß ebenso wie das Zentrum, auch die Deutsche Volkspartei wenig Rücksicht zur Übernahme der Regierung. Bildung vertragen würde. Den Gedanken einer Regierungsbildung mit aktiver oder neutraler Unterstützung der Sozialdemokraten lehnen volksparteiliche Kreise nach wie vor ab mit dem Hinweis darauf, daß eine solche Regierung keine praktische Arbeitsmöglichkeit habe, da ein derartiges Kabinett bei den ersten wichtigen Fragen, vor allem bei den Steuerfragen, wieder auseinanderfallen würde. Eine Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung könnte kaum vor Donnerstag zu erwarten sein, da die Beschlüsse der Reichstagsfraktionen erst Dienstag oder Mittwoch zu erwarten sind.

Frankreichs Besorgnis vor einer Rechtswendung.

Paris, 14. Dezember.

Die französischen Blätter veröffentlichen über die am Sonnabend stattgefundenen Unterredungen des französischen Gesandten in Paris mit dem Direktor des Auswärtigen Amtes ein halbamisches Kommunikat, in dem u. a. über die Reise des Herrn H. Höch nach Berlin gesagt wird, daß der deutsche Botschafter dort Gelegenheit haben werde, den Reichspräsidenten über den schlechten Eindruck zu informieren, den es in Frankreich auslösen würde, wenn die Wahlen vom 7. Dezember, trotz der Wendung nach links, zur Bildung einer Rechtsregierung führen würden.

Auch England fürchtet.

London, 14. Dezember.

Brailsford schreibt im "New Leader" zur Regierungsbildung in Deutschland:

"Weder die Linke noch die Rechte hat eine klare Mehrheit. Es wird endlose Verhandlungen und Debatten geben, bevor irgendwelche Konsolidierung heraufkommen, und die Sozialdemokratie wird wieder einmal vor die Pöbeln wieberkehrend Wahl gestellt werden, ob es zusammen ist, einer verhältnismäßig liberal eingeführten Koalition beigejungen oder eine soziale Koalition zu unterstützen, ohne selbst in die Regierung einzutreten. Sie werden für beide Lösungen nicht sehr begeistert sein, aber es wäre ein großes Unglück, wenn ein Block der Rechten unter Führung aller Nationalisten gegen die Sozialdemokratie gebildet würde. Das würde schärfste Reaktion im Innern bedeuten und würde nach außen eine billige Beschuldigung für die Rückkehr Frankreichs zu der Kontinuität der Bourgeoisie bestreben.

Frankreichs freie Hand in Marokko.

Paris, 14. Dezember.

Der "Petit Parisien" meldet, daß die französische Regierung in einer an die spanische Regierung verdeckten Rolle Aufklärung über deren Absichten in Marokko verlangt hat. Dieses Schreiben wurde damit begründet, daß die Aufgabe eines großen Teils der Spanien überlassen wäre und die Zustimmung der spanischen Truppen auf die Küste eine neue Situation geöffnet hätte, die in Widerspruch steht mit den Bestimmungen des spanisch-französischen Vertrages vom Jahre 1912 und das französische Projekt gefährdet.

Die spanische Demarche lädt der Auflösung der zwischen Herron und Chamberlain gelegentlich ihrer Baiser Verträge zugegangenen Vereinbarung ein, die darauf hinzuläuft, daß Frankreich gegen Unterwerfung des englischen Vorsatzes in Ägypten und Vorderasien freie Hand in Marokko erhalten soll.

Paris, 15. Dezember.
Der „Quodlibet“ verfügt folgende, offenbar bestätigte Aussage:

„Infolge des spanischen Rückzuges in Marokko sei das Gericht im Urteil gewesen, daß die französische Regierung sich anstreiche, die im Mischgebiet durch die Truppen Primo de Rivera geräumten Gebiete zu besetzen. Der „Quodlibet“ glaubt zu wissen, daß in Paris niemals die Rede davon gewesen sei, die französische Besatzungsarmee über die durch das lehre Abkommen festgesetzte Grenze hinaus zu verzögern. Eine französische Eroberung in das Mischgebiet würde, unter welchen Vorwürfe sie auch vorgenommen würde, sicherlich nicht die Zustimmung des Parlaments erhalten.“

Die Erkrankung Herrichts.

Paris, 14. Dezember.
Über den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Herricht verlautet, daß die Schmerzen des Patienten und die an der Wade eingetretene Spannung an die Möglichkeit einer leichten Komplikation hätten denken lassen. Der heute vormittag hinzugezogene Spezialist hat jedoch nichts feststellen können. Zum ersten Male seit fünf Tagen hat der Ministerpräsident einige Stunden schlafen können. Die Ärzte hoffen, daß der Ministerpräsident in etwa zehn Tagen wieder aufstehen kann.

In der Kammer und in politischen Kreisen bildet die Krankheit Herrichts das Tagesgespräch. Man versichert, Herricht werde erst nach den Weihnachtsferien wieder seine Geschäfte übernehmen können, und rechnet sich aus, daß es unter diesen Umständen notwendig sein werde, entweder einenstellvertretenden Minister des Außen oder gar einen neuen Ministerpräsidenten zu suchen. Was nennst als Nachfolger Herrichts auch bereits den Kammerpräsidenten Painlevé, Briand und Tardieu.

In Vertretung des ecksten Ministerpräsidenten Herricht hat Kammerpräsident Painlevé heute einer republikanischen Rundgebung in Belfort beigewohnt. Er hielt eine Rede, in der er die Politik des Frontblocus vertheidigte, die darauf abzielte, die Sicherheit Frankreichs zu garantieren. Es gab keinen Franzosen, der nicht die nationale Sicherheit erstrebe, und es sei eine Beleidigung, die die Gegner des Frontparteien ausprägten, wenn sie diese anklagten, sie opfereten das Heil Frankreichs Utopien. Jeder Reformator traditioneller Organisationen sei Angriffen ausgesetzt. Die Republikaner würden, doch eine Übergangsform Gefahren in sich bergen; aber sie glaubten, daß der Tag kommen werde, wo die Völker friedlich Seite an Seite stehen und die schweren Lasten der Rüstungen und des gegenwärtigen Misstrauens fallen lassen können.

Paris, 15. Dezember.
Der Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Herricht hat sich, wie der „Matin“ berichtet, gestern nachmittags weiter gebessert, so daß Herricht mit fünf Ministern über die laufenden Geschäfte verhandeln konnte.

Josse rechtfertigt sich.

Moskau, 14. Dezember.
Josse, der zum Sowjetgesandten in Österreich ernannt worden ist, erklärte heute vor der Abreise nach Wien einem Mitarbeiter der „Rota“, daß die von einigen Nachrichtenstellen verbreiteten Meldungen, seine Ernennung nach Wien beweise die Ausweitung der Propaganda in den Bal-

kanzländern, eine höchstwürdige und unsinnige Verleumdung seien. Trotz aller Legenden über die Balkanpolitik der Sowjetregierung, habe Josse, haben wir seit dem Balkan gegenüber die Stellung der wohlwollenden Nichteinmischung beibehalten. Sogar den Gedanken der Förderung der Balkanländer waren wir nur vom Standpunkt der Interessen der Balkanländer gegenüber den Großmächten auf. Aber dies ist Sache der Balkanvölker selbst, denen niemand eine politische Kombination aufzwingen soll. Ebenso unbeg理ndet ist auch die Behauptung, die Sowjetregierung sei geneigt, irgend eine Partei in einem Balkanlande gegen eine andere Partei zu unterstützen. Dies widerspricht der Politik der Sowjetregierung, die sich vom Grundsatz der Nichteinmischung leiten läßt. Die Sowjetvertretungen bestreiten sich weder in Wien noch sonstwo mit Balkanangelegenheiten. Josse erklärt, er werde in jeder Weise zur möglichsten Ausgestaltung des russisch-österreichischen Handelsvertrags, der so glücklich angefangen habe, beitragen. Er weist auf die großen Möglichkeiten der verstärkten Entwicklung von Industriezeugnissen nach der Sowjet-

union und der Ausfuhr von Rohstoffen und Kapital aus Russland hin.

Die Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien.

Rom, 14. Dezember.
Der jugoslawische Außenminister Rintschich empfing gestern Vertreter der italienischen Presse, denen er erklärte, der Prost seiner Reise nach Rom sei vor allem ein Meinungs austausch zwischen beiden Ländern über die allgemeine politische Lage in Europa und über einige, beide Staaten interessierende Sonderfragen beabsichtigt. Ein solcher Gedankenaustausch sei besonders zwischen zwei Ländern, die benachbart seien und trotz gemeinsamer Interessen hätten, ein ganz natürliches Bedürfnis. Ich habe, fuhr der Minister fort, im Laufe der Besprechungen feststellen können, daß auf beiden Seiten der aufrichtige Wunsch besteht, die Bande der Freundschaft und der durch den in Rom abgeschlossenen Freundschaftsvertrag vom Januar seierlich bekräftigten Allianz zu be-

festigen und enger zu knüpfen und zwischen den beiden Regierungen eine enge Führungnahme aufrecht zu erhalten. Das größte Ziel der Fragen, deren Beratung Gegenstand der Konferenz von Venecia war, haben den gegenwärtigen Wünschen und Interessen entsprechend geregelt werden können. Zwischen zwei Ländern, die in solchem Maße auf gegenseitige Hilfe und Begleitung angewiesen sind, fehlt kein ernstliches Abkommen mehr. Wir haben auch die albanische Frage berührt und sind übereingekommen, daß im vergangenen Jahr abgeschlossene Vereinbarungen aufrecht zu erhalten, und in dieser Beziehung gegenüber allen inneren albanischen Ereignissen eine Politik der Nichtintervention zu führen, um auf diese Weise die Entwicklung eines unabhängigen Albaniens zu begünstigen.

Samuel Gompers †.

New York, 14. Dezember.
Am Sonnabend ist Samuel Gompers, der Führer der amerikanischen Gewerkschaften, gestorben. Gompers ist seit längerer Zeit infolge eines hohen Alters an Schwächezuständen, die ihn wiederholt ins Bett zwangen. Von seinem letzten Krankenlager konnte er sich trotz seiner robusten körperlichen Konstitution nicht mehr erheben. Schon vor einigen Tagen, als der Stand Gompers' das Ende befürchtete, kam die Nachricht von seinem Tode. Die damals verkündigte Nachricht ist nun leider wahr geworden. Mit Samuel Gompers ist eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten der Arbeitersbewegung aus dem Leben geschieden. Er ist 75 Jahre alt geworden. Schon als Kind kam er aus Holland nach Amerika. Er wurde Zigarettenarbeiter und als solcher begann er, als einer der ersten, die amerikanische Arbeiterschaft zur gewerkschaftlichen Organisation aufzurütteln. Unter seiner herausragenden Mitwirkung wurde der amerikanische Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen. Sein Präsident er seit 1882 bis jetzt ohne Unterbrechung gewesen ist. In dieser Stellung ist er während der mehr als 45 Jahre niemals ernstlich umstritten gewesen. Die amerikanischen Gewerkschaften sind mit ihm groß geworden und haben unter seiner Führung die soziale Lage der Arbeiterschaft außerordentlich kräftigen und heben können. Gompers hat für sich und seine Gewerkschaften die internationale Verbindung eigentlich stets abgelehnt, weil er nicht in den Verdacht, Sozialist zu sein, kommen wollte. Seine politischen Sympathien gehörten den amerikanischen Demokraten, zu deren Gunsten in den früheren Jahren auch die Mehrzahl der amerikanischen Arbeiterschaft stimmt.

Berurteilung eines deutschen Offiziers durch ein französisches Kriegsgericht.

Paris, 15. Dezember.
Wie dem „Petit Journal“ aus Rom berichtet wird, hat vorgestern ein Kriegsgericht wiederum einen deutschen Offizier in Abwesenheit verurteilt und zwar den deutschen Oberst v. Gemmingen, der beschuldigt wird, daß er als Platzkommandant in Monimdy im September 1914 einen Soldaten habe erschossen lassen, ohne daß er ihn vorher vor ein Kriegsgericht gestellt habe soll. v. Gemmingen wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das Gericht am dritten Urteil, so wird von den Blättern festgestellt, setzt, daß das Kriegsgericht selbst erklärt habe, es sei nicht möglich, das Opfer zu identifizieren, das im Hause des Kommandanten erschossen worden sei.

Wie lange bleibt die englische Besetzung in Köln?

Der unheilvolle Einfluß auf die öffentliche Meinung in Deutschland.

London, 14. Dezember.
In dem Wochenblatt der englischen Arbeiterpartei, dem „New Leader“, macht der bekannte Sozialist H. R. Gaitsford die sensationelle Meldung, daß nach seinen Informationen die Regierung Baldwin ursprünglich entschlossen war, die Hauptstadt für die Besetzung erst mit der Annahme des Dawesberichts durch Deutschland beginnen zu lassen und auf der Basis einer solchen Auffassung einer weiteren anähnend fünfjährigen Besetzung der Kölner Zone zugestimmen. Diese gefährliche Auffassung sei in den allerletzten Tagen verworfen worden, an ihre Stelle aber eine andere Auffassung getreten, die nur um einiges besser ist: nun sei Danach will man die Frage der Besetzung Kölns nicht mit der Frage der Schaumterfüllung des Friedensvertrages, sondern mit der Frage: „Füllung der Entwaffnungsklauseln oder nicht?“ verschoben. Von dieser Fragestellung ausgehend, sei die Regierung zu folgender Auffassung gelangt: Deutschland hätte sich zwar im großen und ganzen an die Entwaffnungsvorschriften des Vertrages gehalten, die Entwaffnungsklauseln jedoch ungenügend ausgeführt. England würde deshalb in Köln bleiben, bis die Entwaffnung völlig durchgeführt sei. Das dürfte nach der englischen Auffassung etwa im Laufe des Falles sein. Dann sollen Köln und die Ruhr gleichzeitig freigegeben werden.

Gaitsford fügt hinzu: „Das mag eine erträgliche Perspektive für die Kölner und für die Bevölkerung sein, aber es hätte zur Folge, daß es von den Franzosen als eine Zustimmung zu ihrer Auffassung ausgefaßt würde und zu einer Verlängerung der Besetzungsfristen in den von Franzosen besetzten Gebieten führen könnte. Der Effekt auf die öffentliche Meinung in

Deutschland aber müßte katastrophal sein. Von allen Akten, die der Besoldeter Vertrag mit sich gebracht hat, ist das Belastungstabel das schlimmste. Wenn die Hoffnung auf eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete entschwunden und die Besetzung mit englischer Zustimmung verlängert wird, so wird voraussichtlich die Wendung zum Besseren, die im Gefolge des Dawesberichts eingesetzt ist, wieder hinfällig. Es besteht eine neue Gefahr, daß sich die Klassen der zentral-europäischen Bevölkerung neuerdings revolutionären oder realitätsnahen Gedankengängen zuwenden.“

Ein Kompromiß unvermeidlich.

London, 14. Dezember.
Zu der Möglichkeit, daß die britische Besetzung Kölns über den 10. Januar 1925 hinaus verlängert werden könnte, schreibt der „Observer“, dies sei eine schwierige Frage.

Die Engländer könnten nicht unter Druck des Friedensvertrages in Köln bleiben. Außerdem würden sie aber auch nicht den Zwecken des Friedens dienen, wenn sie die Zone ohne Rücksicht auf die Folgen räumen würden. Deutschland werde zugehen müssen, daß die Anwesenheit britischer Truppen in Köln es gegen die Wiederaufnahme einer gläubigerweise aufgegebenen Politik Frankreichs hilft. Frankreich aber würde anerkennen müssen, daß die Engländer ihre Garnison in Köln nicht ohne Zustimmung Deutschlands über den 10. Januar hinaus verlassen könne. Vielleicht werde Frankreich ja stimmen, den Zeitpunkt für die Annahme des Muhrabedictus vorzulegen, während sich Deutschland mit einer entsprechenden Herauslösung des Zeipunktes für die Wiederaufnahme Kölns einverstanden erklären könnte. Gedenkt werde ein Kompromiß in irgend einer Art unvermeidlich sein. Das Gewissensmaterial dafür, daß Deutschland seine Entwaffnungsvorschriften eingehalten habe, wird vollständig und überzeugend sein müssen, um die Beibehaltung einer britischen Garnison auf deutschem Boden auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen.

Goethes Leben.

Von der großen Goethe-Biographie Wilhelm Bodes, wohl der aufschlußreichste, welche die Literaturgeschichte dermalenkt besiegt wird, ist soeben das vierte Band erschienen (Verlag von E. C. Müller und Sohn in Berlin SW. 68, Preis in Papierband mit Goldrand 15 M.). Es ist von dem heimgegangenen Goetheforscher noch selbst bearbeitet worden, behandelt die Zeit von 1776 bis 1780 im Leben des Olympiers und führt den Untertitel „Am Fuße der Pyramide seines Daseins“. Dieser bildhafte Aufbau kommt von Goethe selbst; in einem Briefe an Lavater vom 21. September 1780 schreibt er: „Das Zauberwerk, das mir aufgetragen ist, daß mir täglich leichter und schwerer wird, erfordert wachsend und trümmend meine Gegenwart. Diese Pflicht wird mir täglich schwerer, und darum wünscht ich's den größten Menschen gleich zu ihm, und in nichts größerem. Diese Beileid, die Pyramide meines Daseins“, dessen Basis mir angegeben und gesetzt ist, so hört als möglich in die Lüft zu spüren, überwiegt alles andere und läßt kaum augenblickliches Verzessen zu.“ Das Wort ist mit seinem Sinn für das Entwickelnde im Lebensablauf, der in diesem Bande geschildert wird, gewählt worden; der große Dichter und Denker ist in der Tat „am Fuße der Pyramide seines Lebens“. Die junge Jugend liegt hinter ihm, er ist eingetreten in den Kreis der Pflicht und Pflichten. Aus dem Kämmerer und Dichter, der frei seinem Vergnügen lebt, ist der verbendende Sandmann geworden, der Geheimnisse legt, der im Dienste seines Herzens aufgehen muß und aufgeht. Wieland verkündet, sein Freund Goethe werde als Sandmann so groß sein, wie er es bisher als Dichter und Kämmerer gewesen sei. Er habe zwar in den ersten Monaten in Weimar durch sein wildes Auftreten viele Jüngster bestimmt und gleichsam dem Teufel Gewalt über sich gegeben; seitdem er aber entschlossen ac-

wesen sei, ein Amt zu übernehmen, führt er es sich durchaus mit unablässlicher Sophofun und aller geistlichen Leidenschaft auf. Wird durch das übernommene Amt sein kümmerliches Schaffen auch beeinträchtigt, so gewinnt er anderthalb unendlich viel an Lebenserfahrung und damit an Lebensweisheit. An erste Fähren durchs weltliche Land, die er mit seinem Kuchen unternehmen muß, schlägt sich, im Dezember 1777, eine Horreze im Winter, die er allein unternimmt, und er fühlt sich wohl und frei in dieser selbstgewählten Einsamkeit, weil sie ihn zur Sammlung fönnen läßt, zur Sammlung sowohl gegenüber seinen staatsräumlichen Pflichten wie auch gegenüber seinen klassischen Neigungen. Nach weiterem Aufenthalt in Dessau und Berlin tritt er dann, im September 1779, mit seinem Herzog die große Schweizerreise an, die über Freiburg führt. Am neunten August fragt Goethe bei seiner Mutter an, ob er mit seinem Fürsten das Elternhaus aufsuchen dürfe: „Ich habe Alles, was ein Mensch verlangen kann“, so schreibt er, „es ist ein Mensch verlangen kann“, so schreibt er, „die über die mich erwartet.“ Die Mutter, die froh, froh, schreibt so zurück, wie er es gewünscht hat, glücklich erzeigt, daß er endlich kommt, und dann ist er in Freiburg mit seinem jungen Herrn und dem kleinen Moritz v. Bodel, vogteit drei Tage voll Bravour und hört plötzlich in freudigem Erstaunen, daß die Weiterreise nicht, wie zuerst geplant, nach Düsseldorf, sondern in die Schweiz gehe. Die Reise, voller abwechselnder Einblicke auf alle an ihr Beiliegende, vor allem aber auf Goethe, führt über Basel nach Bern, Tornius. Er wird das monumentale Werk des Leipziger Literaturhistorikers Dr. Valerian

Lauzanne, wo Frau v. Brancori, die Freundin Lavaters, befindet sich, Genf, den Bielwaldstätter See entlang, nach Zürich in Lavater. Die Bekanntschaft von Lavater, schreibt Goethe, als sie einige Tage in Zürich waren, an Frau v. Stein, „ist für den Herzog und mich, was ich gehofft habe: Siegel und oberste Signatur der ganzen Reihe und eine Weise am Himmelsschlüssel, wovon man lange gute Folge führen wird.“ Die Treuelichkeit dieses Menschen spricht sein Mund auf! Er ist der Beste, Großte, Weisste, Innigste aller sterblichen und unsterblichen Menschen, die ich kenne.“

Auf Anfang Dezember 1779 erfolgte dann die Heimreise. „Goethe war“, hier folgt ich den Worten Bodes, „auf diesem Wege, der sie (den jungen Herzog, Goethe und Herrn v. Bodel) weg aus der Schweiz herauftreibt, von diesem Danke erfüllt. Alles war ihnen in diesem Lande erglänzt. Als Helden der Willenskraft und als ehrliche, fröhliche Männer hatten sie sich in den Begegnungen bewährt, und als solche Bewußte fühlten sie sich nun stärker denn vorher. In Zürich waren dann noch ihre Seelen von edler Menschlichkeit getränkt worden. Mit den besten Vorzügen, mit neuem Mut zu einem reinen, wohltätigen Leben waren sie nun der Heimat zugetragen.“

Es ist ein hoher Genius, in Bodes Buch zu lesen. Im tiefsten und bedeutungsvollsten Sinne des Wortes hat er es sich zur Lebensaufgabe gemacht, das Leben des großen Dichters vor und aufzuklaren. Wie verdaulich ihm die Kenntnis dieses Lebens bis in seine fernsten Einzelheiten hinein. Die Liebe, mit der er es geschildert worden ist, die Tiefe, mit der es geschildert worden ist, sind die Frucht unendlichster Hingabe an die gewaltige Gestalt, der diese Biographie gewidmet ist. Sieben lange Bände vermöchte Wilhelm Bode selbst zu bearbeiten, von Band 8 an, den er ebenfalls noch vorbereiten konnte, liegt die Bearbeitung in den Händen eines jungen Goetheforschers, des Leipziger Literaturhistorikers Dr. Valerian Tornius. Er wird das monumentale Werk des jungen Ensemble recht an die früher gehabten

sicher im Geiste seines Lehrers weiter- und zu Ende führen.

Doch auch dieser Band wieder auf reichlich mit Bildern durchsetzt ist, welche die Aufschaulichkeit der Schilderung auf wesentlichste unterstützen, sei zu erwähnen nicht verzöggen.

Heingold und Woltire in der Staatsoper im vorweihnachtlichen Abend boten Musik zu einigen Bemerkungen. Im Heingold war vor allem neu Heinrich Lehner als Witwe. Die Witwe ist, wie fast alle Wagnerischen Partien, vom Nächsterkomponistischen Charakter in Musik und Text, daß ein halbwegs intelligenter Sänger und Darsteller eigentlich kaum freudigreisen kann. Da nun Heinrich Lehner mit allem, was man von ihm hat und hört, bereits den Beschwörungsnachweis für sein Fach brachte, konnte es nicht wundernehmen, daß er auch als Heingold-Witwe gut bestand. Man kann es also auch nur billigen, daß er jetzt auch den Stagibald-Witwe geben wird, der natürlich erst wollen Aufschluß über die besonderen Qualitäten in Gelang und Spiel geben wird, die er in der Verkörperung dieser Gestalt zu entfalten vermag. Der Heingold-Witwe ist also ein episodischer Charakter, um darüber Aussichten geben zu können. Wie es zeigt sich doch schon, daß Lehner Sanges- und Sprechton gut zu verbinden, also auf Ton zu sprechen versteht. Neu dazu ist wahrscheinlich die Rolle der Freia, und zwar mit Charlotte Wolf. Es ist gerade ein Glück für die junge Sängerin, in einer Bühne wie der unvergleichlichen Bayreuth zu beginnen, erscheint mir wortlos. Es will schon etwas bedeuten, sich auf ihr nur sehr flüchtig zu behaupten, und wenn die Stimme, wie es bei Charlotte Wolf doch der Fall ist, noch nicht ist, wenn vor allem die Höhe, Stell, angesetzt, noch nicht passt, ist das eine kleine Sache. Nein war mir dann noch Bodes Witwe weder, redauerhafter Wolf. Was die Heingold-Witwe anlangt, so waren sie best, aber sie gehörte nicht zu den wenigen, die wirklich die Sängerin waren.

Der Prozeß des Reichspräsidenten.

Beruhmung der Generalität — immer neue Beweise für die durchaus nationale Haltung der Mehrheitssozialdemokratie — Hindenburgs Dank an Ebert.

Magdeburg, 14. Dezember. Die Sonnabendssitzung des Magdeburger Verleumdungsprozesses begann mit einer Polemik des Verteidigers Dr. Martin gegen die Linkspresse. Die eigentliche Verhandlung verzögerte sich bis gegen Mittag, da das Gericht über die Ladung weiterer Zeugen, deren Beruhmung sowohl von der Verteidigung, wie von den Vertretern des Nebenklagers beantragt war, zu entscheiden hatte. Das Gericht gab den Anträgen statt, sodass für Dienstag rund 20 weitere Zeugen geladen sind.

Die erste Zeuge, bisheriger Reichstagspräsident und früherer Staatssekretär des Innern, Wallraf, sagt aus:

Dem Streit gingen zwei Sitzungen des Hauptstaatsarchivs des Reichstages voran. Zu der Sitzung am 22. Januar berichtete Herr v. Schimann über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen war es in Österreich zum Streit gekommen. In der Sitzung sprach auch Ebert. (Nach ihm sprach Scheidemann, dessen Rede wird verlesen.) Nach ihm sprach Scheidemann, der dabei zum Ausdruck brachte, dass die Situation in Deutschland genau so sei wie vor dem Streit in Österreich. Er schloss: Wir drohen nicht, aber wir warnen Sie! (Die Rede Scheidemanns wird ebenfalls verlesen. Beide Reden werden sich besonders hervorheben, wenn sie gegen ein Verbot des Vorwärts.)

Zeuge Wallraf (Fortschaffend): Die zweite Sitzung war am 26. Januar. In ihr erwähnte der Abgeordnete Raumann die Angabat mit der Aufforderung zum Massenstreit. Die Rede, die ich darauf hörte, und in der ich warnte, wurde am Abend ohne mein Wissen und Gutachten angeschlagen. Der preußische Innenminister glaubt nicht, dass der Streit eine besondere Bedeutung bekommen würde.

Am 28. brach dann der Streit auf. Am 29. erfolgte der Versuch, mit mir in Verhandlungen zu treten über die Forderungen, die auch der "Vorwärts" veröffentlicht hatte, ohne dass auf diese Veröffentlichung Bezug genommen wurde.

Herr Scheidemann: Ist Ihnen bekannt, dass die Neutralitätsklärung der Generalkommission zur Folge hatte, dass keine Streikgeber geahndet wurden?

Zeuge: Ich nehme das an.

Herr Heine: Sind dem Bezug des Spatzenbriefes bekannt, und dass diese sich auch gegen die Mehrheitssozialdemokratie wenden wegen ihrer Durchhaltepolitik?

Zeuge: Ich erinnere mich daran. Ich weiß auch, dass die Sozialdemokratie gegen ihrer Partei im Interesse ihres Arbeiters eintrat. Der Bezug gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, dass der Streit am 2. Februar sein Ende gefunden habe auch infolge des scharfen Vorgehens des Oberbefehlshabers in den Marken. Er weist auf ein Buch Lebedours hin, in dem sich dieser dahin auslässt, dass der Streit die erste revolutionäre Bewegung in Deutschland gewesen sei. Der Bezug gibt zu, dass der Bezug ihm damals nicht sichtbar in Erscheinung getreten sei; dass er in Trepow gesprochen hat, habe er erst später erfuhr.

Herr: Ist Ihnen bekannt, dass durch das Ministerium Eberts und anderer Mitglieder der S. P. D. die Strafklage sich verschärfte hat?

Zeuge Wallraf: In meiner Rede, die ich auf einen Angriff Scheidemanns, im Plenum des Reichstages am 26. Februar gehalten habe, habe ich auch sofort im Ausland bekannt wurde.

Ich die Höhezahl der Streikenden mit 180 000 bis 200 000 angegeben. (Der Bezug verliest dann diese Rede.)

R.-A. Landsberg: Ist Ihnen bekannt, dass der damalige hohernde Innenminister der Sozialdemokratie den Dank dafür ausgesprochen hat, dass sie sich an die Spitze der Streikbewegung stellten?

Zeuge Wallraf: Ja, aber es war nicht meine Ansicht. Ich war vielmehr der Überzeugung, dass der Streik nicht so schnell zusammengebrochen wäre, wenn ich und der Kommandierende eine andere Haltung eingeschlossen hätten. Es kommt, dass die gegenseitige Auseinandersetzung, nämlich, dass durch ein Verhandeln die Streikbewegung am Schnellsten ein Ende gefunden hätte, damals vielfach ausgesprochen wurde.

Herr: Sindewald: Ist Ihnen bekannt, dass die österreichischen und tschechischen Gewerkschaften sich gegen den Streik ausgespielt haben?

Zeuge: Ja, auch das vielen Gewerkschaften schen neutral erklärt haben. Meine Überzeugung nach hätte eine Warnung der Sozialdemokratie den Streik von vornherein eingedämmt, wenn nicht ganz verhindert.

Herr: Ist von Herrn Scheidemann oder Herrn Scheidemann zum Auftakt gebracht worden, dass die Verhandlungen gestoppt werden sollten, was schneller Beendigung des Streiks?

Zeuge: Als Scheidemann am 29. mittag 12 Uhr erschien war, befand sich auch der Abgeordnete Raumann bei mir. Er hat mich zu vernehmen gefordert, die Deputationen der Streikenden zu empfangen. Aber ich habe auch das Kart abgelehnt.

Herr: Sindewald: War die Regierung vom Streik überrascht oder nicht?

Zeuge: Ganz überrascht nicht, denn am 26. war ja das Blattblatt bekannt geworden. Ich habe auch nicht geglaubt, dass die Sozialdemokratie durch den Streik überrascht war.

Herr: Sindewald: Ist Ihnen bekannt, dass die Neutralitätsklärung der Generalkommission zur Folge hatte, dass keine Streikgeber geahndet wurden?

Zeuge: Ich glaube.

Herr: Sindem: Sind dem Bezug die Spatzenbriefe bekannt, und dass diese sich auch gegen die Mehrheitssozialdemokratie wenden wegen ihrer Durchhaltepolitik?

Zeuge: Ich erinnere mich daran. Ich weiß auch, dass die Sozialdemokratie gegen ihrer Partei im Interesse ihres Arbeiters eintrat. Der Bezug gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, dass der damalige Staatssekretär des Innern, Wallraf, am 26. Februar 1918 im Plenum des Reichstages gehalten hat, in der er sich gegen Angriffe Scheidemanns auf die Regierung wandte und ausdrücklich die neue bolschewistische Agitation, wie sie noch der russischen Revolution entgegengesetzt, schützte.

Herr: Martin: Hatte der Munitionarbeiterstreik folgen für Deutschland im Ausland?

Zeuge: Es liegt auf der Hand, dass der Streik ein schwerer Schlag war, zumal er nicht sofort im Ausland bekannt wurde.

nicht heran, dass kann nicht verschwiegen werden. Angela Molinari an sich wohlwollendem Empfang fehlte die leicht schwedische Höhe für die Höchststufe, aber erfreulich war die gute Tegel-aufsprache, und Milly Stephan schien nicht recht disponiert zu sein. Das Aneinander der Aufführung ruhte somit im besonderen auf den Schülern der Hauptdarsteller: Jema Tervani, Rudi Vogelstrom, Robert Bartsch und Ludwig Gemold.

In der Wallföre gab Eugenie Burkhards leidenschaftliches Spiel zum ersten Male die Brühnlude. Man gewann auch diesmal wieder den Eindruck, dass die Sängerin im Rahmen unserer Ensembles sich erst noch zur Hochdramatischen wird aufzeichnen müssen. Die Stimme hat noch nicht die Fülle, um das Pathos einer Parole wie die der Brüderhilde einzufangen zu können, und auch die Darstellung hat noch nicht das Format, das Rollen dieser Art verlangen. Um offenkundig wurde dies, als Eugenie Burkhards Brühnlude neben Jema Tervani Hilda sang. Hier heißt es also abwarten, ob und wie weit die Sängerin noch in das Fach hineinwächst, und das kommt natürlich auch auf die innern treibenden Kräfte, auf die physische Einstellung an. Diese empfand man an einer als Aufholjagd die Sieglinde gebenden Sängerin: Dorothea Mansli, von der der Bettel aber nicht meldete, von wannen sie kam. Spiel und Gesang hatten Format, waren von dramatischem Leben und Ausdruck erfüllt. Schade, dass die Stimme schon überanstrengt klang und tremolierte. Folge des gauigen Anfangs, den die Dame allen Ernstes zu bestreiten versucht hat.

Volksinglasdemie. Die 164. Verhandlung im Vereinshaus brachte in der Hauptlaube eine Wiederholung des gelungenen Konzerts des Madrigal-Chores unter Leitung seines treibenden Dirigenten Otto Winter.

Spieldrama. In dichtgedrängten Saale des Künstlerhauses fand gegen ein Klippenspiel

die Höhezahl der Streikenden mit 180 000 bis 200 000 angegeben. (Der Bezug verliest dann diese Rede.)

R.-A. Landsberg: Ist Ihnen bekannt, dass der Streiknachrichten im Ausland zunächst nicht geglaubt wurden, dass vielmehr erfüllt wurde: Gibt nicht in die Halle, die Regierungssocialisten haben mit Wallraf und Kessel ein Komplott geschmiedet, damit Ihr einen Streik beginnen sollt.

Herr: Heinz: Herr Ebert hat jetzt erklärt, dass er den Streik für ein großes Unglück hält. Glauben Sie, dass die Mehrheitssozialdemokratie, die in dem Blattblatt so hart angegriffen wurden, den Streik angezeigt haben?

Zeuge: Das glaube ich nicht, dass die Mehrheitssozialdemokratie gesperrt haben.

Herr: Sindewald: Ist Ihnen bekannt, dass die Mehrheitssozialdemokratie ihre innerpolitischen Forderungen durch den Streik erreichen wollten?

Zeuge: Ich habe mit Scheidemann nicht verhandelt und weiß das daher nicht.

Der nächste Zeuge ist

General v. Stein,

der damalige preußische Kriegsminister. Er soll aus sagen, inwiefern die Maßnahmen des Kriegsministeriums und der Heeresleitung durch den sozialdemokratischen Parteivorsitz und Ebert im besonderen durchsetzt wurden.

Zeuge: Darüber bin ich nicht in der Lage aufzuklären. Ich erinnere mich, dass ich Verhandlungen ergriffen habe, wo ich mit vielen Schwierigkeiten der Sozialdemokratie zu rechnen hatte. Sie riefen häufig Angriffe gegen uns wegen des Belagerungszustandes und der Zeitungsverbotserklärung. Als der vorläufige Unterhaupt eingeführt wurde durch die Oberste Heeresleitung, wurden auch daraus heftige Angriffe von der Sozialdemokratie erhoben. Ich trat dagegen auf. Über den Streik bin ich nicht orientiert. Jeder Munitionarbeiterstreik musste unsere Lage nur verschlechtern.

Herr: Sindewald: Hat sich die Partei nicht lediglich gegen die Propagierung angesetzt? Zeige gegen die sozialdemokratischen Ziele im vaterländischen Unterricht gewandt?

Zeuge: Ich glaube.

Herr: Heine: Waren nicht Paläste in den Unterkünften angeschlagen mit Angriffen gegen den Reichstag wegen der Friedensresolution?

Zeuge: Das weiß ich nicht.

Herr: Sindewald: Sind die Rüstungen für die März-Ostfeste 1918 durch den Streik aufgestockt worden?

Zeuge: Das kann ich nicht sagen.

Zeuge General Wrangel,

damals Beiter des allgemeinen Kriegsdepartementen im Kriegsministerium;

Jeder Tag Arbeitsausfall war eine grobe Schädigung des Reichs, denn das ganze war eine Wirtschaftsfrage geworden. Der Streik machte sich auch in moralischer Beziehung bemerkbar, sowohl im Nachwuchs wie bei den Soldaten an der Front. Die Presse der Mehrheitssozialdemokratie hat sich jeden Versuch zur Geduld der Stimmlung enthalten. Im Parlament griff sogar ein Befehlswort den Kriegsminister an. (8)

Generalkanzler: Ist dem Zeugen bekannt, dass Herr Ebert die Vertraulichkeit dieser Ausschreibe nicht gewahrt hat?

Zeuge: Nein. In jener Zeit wurde zum Beispiel auch die Antezug angegriffen, gegen die Unabhängigen und vor allem Rosa Luxemburg vorzugehen, als diese darauf verhaftet wurde, griff Ebert die Regierung wegen dieser Maßnahme scharf an.

Herr: Landsberg: Wer hatte diese Anregung gegeben? Ein Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie?

Zeuge: Das weiß ich nicht.

Nach einer kurzen Pause von 20 Minuten wurde darauf der damalige Vorsitzende des Hauptrates des Reichstags und später

wird festgestellt, dass dies Davidisch war. Es wurde dann allerdings Mediator geschaffen. Aber später erfolgten Angriffe der Sozialdemokratie auf die Offiziere und deren Schlemmerleben.

Vor.: Könnten Sie nicht Zeichen von Maßnahmen der Partei angeben, denn sonst haben Ihre Aussagen keinen Wert?

Zeuge: Ja, so hat die Berliner Parteileitung es abgelehnt, die sozialdemokratische Jugend an der militärischen Ausbildung teilnehmen zu lassen.

Herr: Heine: Wissen Sie, dass in derselben Kundgebung die sozialistische Jugend von der Parteileitung aufgefordert worden ist, sich in Arbeiter-Turnvereinen "Freiheit" zu erneutigen?

Zeuge: Das ist mir nicht bekannt.

R.-A. Landsberg: Wie konnte man bei der Lage, wie Sie sie schilderten, verstehen, dass Stahl in großen Mengen nach der Schweiz ausgeführt wurde, denn man kann auf den Schlachtfeldern wieder als Geschosse der Gegenseite schießen?

Zeuge: Ich bestreite diese Ausführungen.

Herr: Heine: Wissen Sie, dass Scheidemann, das ich und andere im Sinne des Durchhaltevorsatzes viel geschrieben haben? Der Zeuge gibt das zugeben zu.

Zeuge: Wie ich auch ein Vorsitz bekannt, dass Herr Schlie, der Verbindungsmann zwischen der Regierung und den Arbeitern war, während des Streiks nach seinem Wohnort Stuttgart verschwand, worüber ihm Vorhaltungen gemacht wurden. Von Bedeutung ist noch eine Ausschreibe, die Ebert am 3. Juli 1917 hielt, in der er erklärte, dass wir am Ende unserer Kräfte sind. (Die Rede kommt vor Verlesung.)

Generalkanzler: Ist dem Zeugen bekannt, dass Herr Ebert die Vertraulichkeit dieser Ausschreibe nicht gewahrt hat?

Zeuge: Nein. In jener Zeit wurde zum Beispiel auch die Antezug angegriffen, gegen die Unabhängigen und vor allem Rosa Luxemburg vorzugehen, als diese darauf verhaftet wurde, griff Ebert die Regierung wegen dieser Maßnahme scharf an.

Herr: Landsberg: Wer hatte diese Anregung gegeben? Ein Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie?

Zeuge: Das weiß ich nicht.

Nach einer kurzen Pause von 20 Minuten wurde darauf der damalige Vorsitzende des Hauptrates des Reichstags und später

Reichstagspräsident Fehrenbach vernommen. Er schildert auf der Erinnerung die Situation im Spät Herbst 1917:

Die Oberste Heeresleitung hatte den uneingeschränkten Kriegserlass beschlossen, gegen den Willen Schimann-Hollings und auch Hessischers. Einzelheiten von Gayelle hat damals dreimal wiederholt, dass von Amerika nichts drohen kann, und dass nach Abmarsch von Kiel Monaten alle entschieden sei. Nach sechs Monaten war nichts entschieden, trotz der Wunderarbeiten.

Gärtnerhaus, Opernhaus, Museum, 17. Dezember, zum dritten Mal nach Eberts und Landsbergs gleichnamigen Drama von Kurt Weill in der Begleitung der Staatsführung, deren großer Erfolg auch in der höchsten ausdrücklichen Werthüterung anerkannt wurde. Anschließend folgte die "Kriegsmesse" mit Georg Klemm und dem Chor aus den Hauptkonzerten des Reichsopernhauses unter Leitung von Max Reger. (Die Kriegsmesse ist eine Kriegsmesse, die nicht von Amerika nichts drohen kann, und dass nach Abmarsch von Kiel Monaten alle entschieden sei. Nach sechs Monaten war nichts entschieden, trotz der Wunderarbeiten.)

Schauspielhaus, Dienstag, 16. Dezember (Kriegsrede A), Wiederholung der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 17. Dezember, 17. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 18. Dezember, 18. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 19. Dezember, 19. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 20. Dezember, 20. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 21. Dezember, 21. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 22. Dezember, 22. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 23. Dezember, 23. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 24. Dezember, 24. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 25. Dezember, 25. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 26. Dezember, 26. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 27. Dezember, 27. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 28. Dezember, 28. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 29. Dezember, 29. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 30. Dezember, 30. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 31. Dezember, 31. Dezember (Kriegsrede A), "Die heilige Johanna" von Bernhard Goetz in der Staatsführung. Die drei Räume von Georg Klemm in der Begleitung der Staatsführung. Spielzeit: Georg Klemm. Ant. 15 Uhr. 32. Dezember, 32

unserer U-Boote. Ich habe dann selbst die Friedensresolution der drei Parteien begründet; sie verlangte keine Anreihungen, keine Kontributionen und keine Kriegsschädigungen. Sollte aus dieser Grundlage ein ehrhafter Friede nicht möglich sein, dann werde, so erklärt die Resolution, das deutsche Volk wie ein Mensch eintreten für seine Ehre.

R.-A. Heine: War Ebert der Einzige, der damals im Hauptkabinett den Ernst der Situation geschildert hat?

Zeuge: Nein, das war die allgemeine Sorge, die ja auch zur Friedensresolution geführt hat.

R.-A. Heine: Es wird behauptet, daß die Mehrheitssozialdemokratie durch ihre Maßnahmen die Pläne der Obersten Heeresleitung durchkreuzt undlahmgelegt hätte.

Zeuge: Das kann ich nur sagen, daß ich damals und bis heute den Eindruck hatte, daß die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit und vor allem ihre führenden Elemente sich so vaterländisch gesinnt gezeigt haben und so eifrig für die Heeresleitung eingetreten sind wie irgendwelche andere Partei. Ich bin der Meinung, daß die revolutionäre Stimmung, die am 9. November 1918 zum Ausbruch kam, nicht getragen war von der Mehrheitssozialdemokratie. In den Wochen vor der Revolution hat Ebert zweimal mir in meinem Zimmer erklärt, wie er in zwei Besammlungen auf die Gewerkschafts- und Parteiführer eingedrungen ist, daß es zu keinem Streit und keiner revolutionären Bekämpfung komme.

Der nächste Zeuge, der ebenfalls zu diesem Vorwurf gegen die Sozialdemokratie auszogen soll, ist der damalige

Generalquartiermeister General Groener

Er führt aus:

Es ist mir nicht das mindeste bekannt, daß Herr Ebert Mängel der Obersten Heeresleitung durchkreuzt hat. Im Gegenteil. Ich kann aus meinen Erfahrungen der Jahre 1916 und 1917 nur erläutern, daß ich bei Ebert jederzeit vollständiges Verständnis für die Aktionen der Landesverteidigung gefunden habe. Im Sommer 1917 bin ich ins Feld gekommen und kann über den Streit in der Heimat und Eigenen nichts sagen. Am 1. November 1918 habe ich die Oberste Heeresleitung übernommen. Auch da kann ich bezeugen, daß Herr Ebert jederzeit die Aktionen der Obersten Heeresleitung in nachdrücklicher Weise unterstützt und alles getan hat, um unsere Fortbewegungen bei den Volksbeauftragten und sonstigen Organen jener Zeit durchzuführen. Ich muß insbesondere bestätigen, daß Herr Ebert in dieser Zeit im engsten Einvernehmen mit mir als erster Generalquartiermeister Tag für Tag allen unseren Wünschen und Anregungen in weitestem Maße nachkommen ist.

R.-A. Heine: Wissen Sie, daß Generalstabschef Hindenburg auf demselben Standpunkt stand wie Sie?

Zeuge: Generalstabschef Hindenburg hat sich auf meine Amtsgang und im Einverständnis mit allen meinen Mitarbeitern damals einverstanden erklärt, daß wir mit Ebert ein Bündnis schlossen. Er hat in jener Zeit an Herrn Ebert auch einen Brief geschrieben und darin seiner Auffassung Ausdruck gegeben.

R.-A. Heine verliest diesen Brief Hindenburgs an Ebert, in dem er heißt: „Wenn ich mich in nachstehenden Zeilen an Sie wende, so tut ich dies, weil mir bestichtet wird, daß auch Sie als treuer deutscher Mann Ihr Vaterland über alles lieben unter Hinstellung persönlicher Meinungen und Wünsche, wie auch ich es habe tun müssen, um das Wort des Vaterlandes gerecht zu werden. In diesem Sinne habe ich mich mit Ihnen verbündet zur Rettung unseres Volkes vor dem drohenden Untergang zusammengeschlossen.“ Und der Schluß des Schreibens lautet:

„In Ihre Hände ist das Schicksal des deutschen Volkes gelegt. Von Ihrem Entschluß wird es abhängen, ob das deutsche Volk noch einmal zu neuem Aufschwung gelangen wird. Ich bin bereit, und mir mit das ganze Herz, Sie hierbei rücksichtslos zu unterstützen. Wir alle wissen, daß mit diesem bedauerlichen Ausgang des Krieges der neue Aufbau des Reiches nur auf neuen Grundlagen und mit neuen Mitteln erfolgen kann. Was wir wollen, ist, die Gefährdung des Staates nicht dadurch auf Menschenleiter hinauszuschieben, daß zunächst in Verbindung und Töchter jede Etage unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens vollkommen zerstört wird. Ich will, daß ich von radikaler Seite angeleitet werde, weil ich mich angeleitet in Politik mache. Es war mir aber eine Herzenssache, vorstehendes Ihnen anzusprechen. Ich wünsche Ihnen Kraft zu ehrlichem Handeln.“

Der letzte Zeuge ist Dr. David.

R.-A. Vandenberg: Hier wurde behauptet, daß von der russischen Revolution an sich die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie im Kriege verändert habe.

Zeuge David: Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Die Faktion hat vielmehr auch nach Ausbruch der russischen Revolution an der Linie der Landesverteidigung

festgehalten. Sie hat im März 1918 die Kriegskredite noch wie vorher willig und die Abstimmung dafür durch Ebert abgegeben lassen, der damals erklärte, daß wir auch jetzt noch im Felde durch die Überzahl der Feinde bedroht seien, und daß das Lebensinteresse des Volkes die Bewilligung erfordere. Ebenso haben wir im Juli 1918 die Kriegskredite wiederum bewilligt. Wiederum hat Ebert, im Namen der Faktion, betont, daß der Friedenswillen auf der anderen Seite nicht vorhanden sei, daß wir daher, im Interesse des Volkes, die Kredite bewilligen müssen.

Diese Linie ist klar weiterverfolgt worden und am 2. Oktober zum Ausdruck gekommen im September 1918, als die erste parlamentarische Regierung gebildet werden sollte und Ebert und Faktion und Parteiausschuß sich schließlich wieder mühlos über den Eintritt in die Regierung des Prinzen Max. Österreich hatte damals schon ein Sonderfriedensangebot an die Entente gemacht. In der Faktion herrschte bereits Krisenkommune, es gab eine Gründung, die nicht lagte. Damals war es Ebert, der diesen Pessimisten auch eine seiner wichtigsten Medien entgegnet. Damals lagte er, es kann gar keine Rede davon sein, daß man verzweifeln müsse, vor allem nicht die Arbeiter. Er hat besonders stark unterstrichen, daß wir Sozialdemokraten keinen Zweck darüber lassen dürfen, daß von einem Frieden unbedingt unter keinen Umständen die Rede sein dürfe, daß wir vielleicht das Recht daran sehen müssen, um das zu verhindern. Er hat es durch seinen Einsatz durchgesetzt, daß die Faktion brüderlich in die parlamentarische Regierung einzutreten, und damit das Vertrauen der Partei im Volke mit in die Möglichkeit zu legen, um die Situation zu festigen. Diese Linie ist bis zum letzten weiter gehalten worden, geraten von Ebert, auch als Bulgarien und kurz darauf die Türkei zusammenbrach, und als militärische Zusammenbrüche die Regierungsbildung die Erklärung der Obersten Heeresleitung, daß Schluss sei, wie eine Bombe hereinklappte. Als diese Erklärung der Heeresleitung in der Faktion bekanntgegeben wurde, erklärte zunächst die Mehrheit, ich hätte es keinen Zweck mehr, unseren Kreis in diesen Bankrott zu werfen. Da kam Ebert, und er bestätigte, daß die leichte Meinung sei, die Partei hinzunehmen. Die Partei müßte das Opfer bringen und den Bankrott übernehmen. So wurde der Schluß gefasst, in die Regierung hinzugehen, ein Beweis genug, daß die Behauptung falsch ist, die Sozialdemokratie habe nach der Revolution im Osten ihre Politik umgestellt.

R.-A. Heine bringt daraufhin noch einen Brief zur Verlesung, den der jetzige Reichspräsident im Mai 1917 an seinen Sohn Georg im Feld geschrieben hat. Dieser Brief kommt wieder zurück, weil der Sohn am Tage des Empanges gefallen war. In diesem Brief berichtet sich Ebert über einen Streit im Jahre 1917 auf, der schildert, darin die Verhältnisse in der Heimat und erklärt seinem Sohne, daß „daran auch die kinnlohen Streits, die wir vor 14 Tagen in Berlin hatten, nichts anderes waren. Der eigentliche Anlaß war die Rüttung unserer Revolution, eine riesenheimende Wahnvorstellung, die verhindert wurde, wenn das Ereignis nicht verhindert werden wäre. Gewissenslose Demagogien versuchten, die Vergangen zu politischen Zwecken auszunutzen. Damit sind sie aber endgültig abgeschafft. Nach einigen Tagen war die Geschichte ohne Zusammenfahrt an dem gefundenen Sinn der Arbeit geholt.“ Solche langen Streits dieses nicht dem Frieden, sie geführten doch brauchen an der Front und Heimat die Kampfkraft des Heimes, aber, wie gesagt, der Streit ist gescheitert.“

Zeuge David: Das ist mir ganz unbekannt; ich habe nicht die leichte Erinnerung, daß ich in Köln gesprochen habe. Aber mit Bedenken kann ich sagen, daß, wenn ich dort gesprochen hätte, ich unter keinen Umständen das hätte sagen können. Das wäre im Schlag in mein eigenes Gesicht gewesen. Ich kann hier nur eine Täuschung in der Person vorstellen. Die Verteidigung will anschließend einen Gang in Magdeburg für diese Schauplattform haben, den sie jedoch nicht aufstreben konnte. Aus der weiteren Erörterung ergab sich die Vermutung, daß eine Verhandlung mit dem damaligen unabhängigen Reichstagabgeordneten Davidson vorliegt.

Der nächste Zeuge ist Emil Unger, der von 1906 bis 1919, Beiratsherrsteller am „Vorwärts“ war und für die Vertheidigung ausdrücklich soll über das Verhältnis zwischen Partei und „Vorwärts“-Redaktion. Der Zeuge ist heute Redakteur am österreichischen „Deutschen Vorwärts“ und einer der geschäftsfähigsten Gegner der Sozialdemokratie. Er führt aus: Auf allen Parteitagen war ein heftiger Kampf um eine Trennung zwischen Zentralorga- und Berliner Parteivorstand, um den Einstieg der Parteileitung auf das Berliner Organ auszuschließen. Weiß war sehr der schwache Vorläufer für die Trennung. Das Recht der Einmischung ist dem Parteivorstand tatsächlich bestimmt worden, und es gab Kämpfe zwischen Redaktion und Parteivorstand, die zeitweise sehr heftig wurden und das war vor allem, als die Radikale Hilferding, Däumig hinausfielen. Dann kam die Redaktion Stampfer. Er geht mit dem Parteivorstand ziemlich in allen Fragen durch dick und dünn, sodass er sogar der geistige Führer des Parteivorstandes genannt wird. Auch zur Zeit des Munitionarbeiterstreiks waren hohe schwere Differenzen nicht bestanden haben. Ich bin der Meinung, daß der Artikel des „Vorwärts“ über den Streit am 29. Januar morgens unmöglich Billigung und Zustimmung des Parteivorstandes geschrieben werden konnte. Ich schreibe dazu, daß der Parteivorstand den Artikel am nächsten Tag nicht bestimmt hat (am nächsten Tag war der „Vorwärts“ bereits verboten). Dr. Red., daß er damit einverstanden war.

R.-A. Unger: Wurden die Artikel vor dem Druck dem Parteivorstand vorgelegt?

Zeuge: Nein, das war nicht möglich? Vor: Könnte Herr Müller vom Parteivorstand Richtlinien für die Artikel angeben?

Zeuge: Das weiß ich nicht.

R.-A. Heine (an den Zeugen David): War Stampfer Mitglied des Parteivorstandes?

Zeuge David: Nein, bis heute nicht. Ein Beirat der Redaktion nimmt lediglich an den Sitzungen teil, wie auch die Faktion damals die Redaktion zur Entwicklung eines Beiraters einlud, damit die Redaktion jeweils informiert war.

R.-A. Vandenberg (an den Zeugen Unger): Haben Sie denn gegen den Artikel Einspruch erhoben?

Zeuge: Nein!

R.-A. Vandenberg: Sie sind doch im Gegenfall weiter an der Rüttungskette des „Vorwärts“ geblieben. — Der nächste Zeuge ist der frühere sozialdemokratische Redakteur und Leiter der sozialdemokratischen Parteierteilspartei, Bruno Franke. Er kann aus eigener Erfahrung jedoch nichts aussagen, da er der „Vorwärts“-Redaktion nicht angehört. Auch über die Rede Eberts in Treptow weiß er persönlich nichts. Es war nicht dort, sondern will lediglich auf der „Vorwärts“. Redaktion beschreibt haben, daß die Redakteure darüber gelacht haben, daß man den Unabhängigen Dittmann verhaftet hat und nicht Ebert, der bedenklich radikaler gesprochen habe als Dittmann.

Borsigkinder: Herr Dittmann kam ja über, haupt kam zum Reden. Der Zeuge David bittet daraufhin noch mal den Verlegerhof, alles zu tun, um eine Ausflug zu schaffen über die Bevölkerung der Vertreibung von einer Stadt in Köln. Er wiederholt, daß ihm die Rede unterschrieben wird, daß er in jener Zeit überzeugt nicht, also auch nicht in Köln, gesprochen habe und daß der angebliche Inhalt der Rede so ist, daß er sich selbst ins Gesicht geschlagen hätte.

R.-A. Heine bringt daraufhin noch einen Brief zur Verlesung, den der jetzige Reichspräsident im Mai 1917 an seinen Sohn Georg im Feld geschrieben hat. Dieser Brief kommt wieder zurück, weil der Sohn am Tage des Empanges gefallen war. In diesem Brief berichtet sich Ebert über einen Streit im Jahre 1917 auf, der schildert, darin die Verhältnisse in der Heimat und erklärt seinem Sohne, daß „daran auch die kinnlohen Streits, die wir vor 14 Tagen in Berlin hatten, nichts anderes waren. Der eigentliche Anlaß war die Rüttung unserer Revolution, eine riesenheimende Wahnvorstellung, die verhindert wurde, wenn das Ereignis nicht verhindert werden wäre. Gewissenslose Demagogien versuchten, die Vergangen zu politischen Zwecken auszunutzen. Damit sind sie aber endgültig abgeschafft. Nach einigen Tagen war die Geschichte ohne Zusammenfahrt an dem gefundenen Sinn der Arbeit geholt.“

Sie langen Streits dieses nicht dem Frieden, sie geführten doch brauchen an der Front und Heimat die Kampfkraft des Heimes, aber, wie gesagt, der Streit ist gescheitert.“

Damit hatten die Sonnenberghandlungen um 4 Uhr nachmittags ihr Ende erreicht. Die Verhandlungen gehen am Dienstag vormittag mit der Vernehmung zahlreicher weiterer Zeugen weiter.

Für einen neuen Index. Eingabe der Gewerkschaften an das Statistische Reichamt

Berlin, 15. Dezember.

Die Spartenverbände aller Gewerkschaften haben an das Statistische Reichamt ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die Gewerkschaften lehnen den bestehenden Index (Lebenshaltungsindex) ab. Sie legen dem Statistischen Reichamt nahe, einen Index aufzustellen, der die Bewegung der Preise summiert für eine Friedensähnliche Lebenshaltung an-

und eintrittlich richtig wiederholt und auch darum den Stand der Entwicklung für einen sozialen Frieden zu bestimmen.“

Die Gewerkschaften fordern, daß eine Verhandlung stattfindet, um eine gemeinsame Regelung der Lebenshaltungsfrage zu erreichen.

Weihrauch einer Gewichtung vor. Es muß auch unbedingt zu der Miete, die an den Haushalt zu zahlen ist, ein etwa durch Sachverständige abgeschätzter Prozentsatz hinzugezogen werden für Haushaltshaltung Kosten usw. Bewegt sich nun der gesetzliche Mietpreis, so sind diese prozentualen Ausschläge natürlich immer wieder auf den neuen Preis solange anzuwenden, als die oben angeführten Anwohnungsdaten weiter bestehen.

Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Teile des Wohns und Gehalts, die von dem Arbeitnehmer als Einkommenselement und Sozialbeitrag aufgegeben werden, ebenso Teile der Lebenshaltung sind, wie die in den Warenpreisen erscheinenden indirekten Steuern usw. Selbst halten die gewerkschaftlichen Spitzenverbände die weiteste Rücksichtnahme auf die Ausgaben bei amtlichen Überberechnungen für unerträglich.“

Das Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahlen.

Braunschweig, 15. Dezember.

Nach dem heute festgestellten amtlichen Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahlen entfallen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmenzahlen und Sitze:

	Stimmen	Sitze
Sozialdemokratische Partei	103 463	19
Deutsch-nationale Volkspartei	51 289	10
Zentrum	4 359	0
Kommunisten	12 527	2
Deutsche Volkspartei	47 526	9
Nationalsozialistische Bewegung	9 479	1
Demokratische Partei	14 775	2
Wirtschaftliche Einheitspartei	23 030	4
Braunschweig-Niedersächsische Partei	8 791	1
Unabhängige Soz.	1 719	0
Ungültig	3 188	0

Die neuen Forderungen der Beamten.

Bekanntgabe erst nach Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 15. Dezember.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, stehen die Spitzenorganisationen der Beamenschaft ihre Beratungen über den Ausbau der Besoldungsberechnung zwar fort, die Bekanntgabe der neuen Forderungen wird aber bis nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages zurückgestellt.

Allerdings ist man entschlossen, diese neuen Forderungen nach Ablauf der politischen Lage und Eintritt einer gewissen Verhütung mit Entscheidlichkeit zu vertreten, um baldmöglichst eine befriedigende Regelung der ganzen Besoldungsfragen zu erreichen.

Das Urteil im Budapester Bombenattentatsprozeß.

Budapest, 15. Dezember.

Die wegen der Bombenattentate amgelagerten Marossy und Marosi sind zum Tode verurteilt worden. Von den übrigen Angeklagten wurden Szász und Horváth-Halász zu je 6 Jahren, Borbás zu 5 Jahren Buchtaus und der Kinderjährige Rado zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Anwaltzettel wurde freigesprochen.

Die Gewerkschaften lehnen den bestehenden

Index (Lebenshaltungsindex) ab. Sie legen dem Statistischen Reichamt nahe, einen Index aufzustellen, der die Bewegung der Preise summiert für eine Friedensähnliche Lebenshaltung an-

und eintrittlich richtig wiederholt und auch darum den Stand der Entwicklung für einen sozialen Frieden zu bestimmen.“

Zuletzt wäre festzustellen, in welchem Verhältnis die Gruppen der Ernährung, der Kleidung, Wohnung und Belohnung, der Bekleidung und des sonstigen, insbesondere des kulturellen Bedarfs bei einem normalen Kriegsgebietswohnungszugestell befinden.

Die Gewerkschaften fordern, daß eine solche Zusammenstellung in die Rechnung der Haushaltseinschätzungen in Friedenszeiten vorgenommen werden kann.

Am 15. Dezember 1924, 10 Uhr morgens, kommt der Urteil des Reichsgerichts nach der Rüttungskette des „Vorwärts“ nach der Reim dielem großen Orationen nachdrücklich worden sein. Im Anschluß daran hören Demonstrationen stattgefunden, die bis in die Nachtkunden gedauert und an verschiedenen Stellen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen gewerkschaftlichen Polizei und Gegendemonstranten einerseits und den Demonstranten andererseits geführt haben.

Wölkauer Kundgebungen für Trostli.

Berlin, 15. Dezember.

Nach Bekanntmachungen aus Wölkau sollen bei der Kreise Trostli nach der Reim dielem großen Orationen nachdrücklich worden sein. Im Anschluß daran hören Demonstrationen stattgefunden, die bis in die Nachtkunden gedauert und an verschiedenen Stellen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen gewerkschaftlichen Polizei und Gegendemonstranten einerseits und den Demonstranten andererseits geführt haben.

wie dem Goede zugeschaut werden, die den sie erzielen werden. Niemand, der von irgendwelcher Seite um Spenden angegangen wird, verfügt, nach dem Nachworte, daß es sich um eine erlaubte Sammlung handelt, zu fragen. Auch wollte man sich von den Sammelboten stets den vom Polizeipräsidium ausgestellten Ausweis vorzeigen lassen. Der nächsten Polizeidienststelle sollte man stets dann Kenntnis geben, wenn Ausweise dieser Art nicht vorgelegt werden können.

* **Darleistung für die Kinder Erwerbstäler.** Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umgegend veranlaßt für die Kinder Erwerbstäler Freitag, den 19. Dezember, in der Turnhalle der 25. Volksschule, Sennestadt 32, eine Körperlauftäuschung. Spielleiter Johannes Niederlein. Beginn 14.45 Uhr. Eintrittskarten, nur für Kinder Erwerbstäler, sind in allen Ausstellungen des öffentlichen Arbeitsnachweises, Marienstr. 17, Seminarstr. 11 und Hauptstr. 5, lebenslang zu haben.

* **Das Elb- und Voithingische Theater** bot in seiner zweiten Veronaufführung im Künstlerhaus "Sonne Kleinkunst" unter der künstlerischen Leitung des Opernsängers Karl Becker und des Musikdirektors O. Schönerberg ein reichhaltiges, wechselvolles Programm, dessen Ausführung allen großen Beifall fand. Von den Minutentunden sind in erster Linie zu nennen Rina Waldburg (Büchi) mit ihren reizvollen Schweizer Märchen, Marianne Selle, die geschickt eine heimische Geigerin (Kreisler, Brahms), Karl Becker (Vokalisten u. v.) und Walpurga Slover, deren Lautenlieder ganz besonders gefielen. Auch die übrigen Darbietungen fanden lebhafte Zustimmung. Das länderliche Streben des Elb- und Voithingischen Theaters verdient weiteste Unterstützung. Möge der nächste Abend besser besucht sein.

* **Amtsausgabe der Versicherungsanstalten des Angestelltenversicherung.** Die Versicherungsanstalten für die Angestelltenversicherung sind für 24 Beitragsmonate eingerichtet. Gestellt werden bei der Ausführung des Beitragserhebungswahrs in der Angestelltenversicherung ausgestellten, für die Zeit vom 1. Januar 1923 am geltenden grünen Versicherungstarife Nr. 1 bei regelmäßiger Beschäftigung und Beitragsentrichtung mit Ablauf d. J. mit Beitragsmarken voll belastet und daher umzutauschen sein. Zur Ermöglichung einer im Interesse aller Beteiligten liegenden glatten Geschäftsführung und zur Vermeidung von Verzögernungen infolge allzu großer Häufung von Anträgen im Januar u. J. empfiehlt es sich, derartige Versicherungsanstalten nach Möglichkeit schon jetzt, im Hause des Monats Dezember, bei der Ausgabestelle für Angestelltenversicherung umzutauschen. Möglich ist das zunächst in allen Fällen, in denen der Entgelb im vorraus, also Anfang Dezember gezahlt worden ist, weil die Beitragsmarken in der Regel bei der Gehaltszahlung zu verwenden sind; aber auch, wenn der Entgelb später (nachträglich) gezahlt wird, können zur Erleichterung des Kartenumtauschgeschäfts die Beitragsmarken für die Zeit bis einschließlich Monat Dezember 1924 schon jetzt eingelöst werden, wenn dadurch die Karte gefüllt und untauschbar wird; nur ist hierbei zu beachten, daß auf jeder Karte zur Entwertung ihr letzter Geltungstag (also z. B. 31. 12. 24) vermerkt werden muß. Beim Antrag auf Umtausch sind der Ausgabestelle vorzulegen die bisherige (vollbeliebte) Versicherungskarte und etwaige Belehrungen über Erfahrungen (z. B. Krankheit, Schwangerschaft usw.) bzw. beruflicher Fortbildung, die in die Laufzeit der umzutauschenden Karte fallen. Um den Beteiligten Zeit und Kosten zu ersparen, wird empfohlen, die für den Umtausch erforderliche Anzahl neuer Kartenkarten für alle versicherten Angehörigen eines Hauses gemeinsam (durch den Arbeitgeber) bei der Ausgabestelle zu entnehmen und sie nach ordnungsmäßiger Ausfüllung des oberen Feldes ihrer ersten Seite mit den umzutauschenden Versicherungskarten und den etwaigen Erfahrungen getrennt an die Ausgabestelle zurückzuführen, die sie ihnen alsbald mit Ausstellungserwerb vergeben, folentweder zugesehen lassen wird.

Ausgabestelle der Angestelltenversicherung ist für das Dresdner Stadtgebiet der Rath zu Dresden, Versicherungamt (im Stadthaus, Theaterstraße 13/1, Zimmer 116; geöffnet von 7.00 bis 2.00 Uhr; Sonnab. 22.00). Dort wird auch nähere Auskunft erteilt.

* **Strassenbahn nach Bischewitz.** Mittwoch, den 17. Dezember wird die Streckenteil Köschkenbroda-Bischewitz der Bahnlinie wieder in Betrieb genommen. Jeder zweite Wagen fährt nach und von Bischewitz, sodass zwischen Köschkenbroda und Bischewitz die Wagen in 30 Min. Abständen verkehren. Abfahrt von Köschken nach Bischewitz mit den Minutenzahlen 16 und 46, ab Bischewitz nach Köschken mit Minutenzahl 10 und 40. Die genauen Fahrzeiten sind im neuen Fahrplanbuch veröffentlicht und aus den anhängenden Streckenschauplänen zu entnehmen. Die Fahrkarten für Erwachsene zu 25 Pf., und für Kinder zu 15 Pf., ferner die 12er Karten zu 2,50 M. und die Monatskarten zu 17.— M. gelten nun für die ganze Strecke Köschken-Bischewitz. Neben den bestehenden 2 Teilstrecken zu 15 Pf. wird eine neue Teilstrecke Bischewitz-Köschken ab zum gleichen Preise eingeführt. Die Übergangsfahrkarten zu 35 Pf. und für Kinder zu 20 Pf. gelten ebenfalls bis Bischewitz.

* **Personalsammlervergleich.** Die Sachs.-Böh. Tampellaufbahn wird ihren Betrieb auf der jetzt noch bestehenden Strecke Bad Schandau-Riesa, Dienstag, den 16. d. M. abends einstellen, falls eintretende höhere Käste dies nicht schon früher bestimmt.

* **Der Verein Dresden's Presse** beging am Sonnabend im Blauehause sein 40jähriges Jubiläum durch einen Festabend, zu dem auch Einladungen an die Behörden, die Kunst und die Finanz- und Handelswelt ergangen waren. Der erste Vorsitzende des Vereins Redakteur Georg Jergang begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, in der er ein Bild des Jubiläums erzielte und insbesondere der Wohlthätigkeit gestellt werden.

jungen für die im Hof gespielten und arbeiteten gewordenen Journalisten und hinterbliebenen verlobten Kollegen gehabte. Oberbürgermeister Blüher beklagte unschätzliche Anzahl der Säfte der Berlin und charakterisierte im weiteren Bräu auf seiner Ansprache die Bedeutung der Presse in unserer Zeit, wobei er die Presse zugleich auch der Weisheit und Sympathien an maßgebender Stelle verleiht. Der Auftakt des Reichsverbands der Deutschen Presse und namens des sächsischen Landesverbands und des Reichsvereins Dresden übernahm Redakteur Dr. Bland die Glückwünsche dem Jubiläum, mit dem ja die übrige Kollegenschaft in engstem kameradschaftlichen Verhältnis steht. Auch Prof. Blaibach und Konzernchef August Oswald, der Direktor der Deutschen Bank, wünschten der Dresdner Presse, wie bisher, so auch in Zukunft allen Erfolg. Künftigkeiten, Ausdrückungen und die weihnachtliche Aussichtung des Raumes verschönern das harmonisch verlaufene Jubiläumfest.

* **Eurova-Grill-Bar.** Heinrich Geschwind hat die Hand des Künstlers geleitet, der die Einrichtung der am Sonnabend im Europäischen Hof eröffneten "Eurova-Grill-Bar" vertraglich vereinbart war. Rosbarts zu schaffen, aber keineswegs Prodigies, ist seine Deko gewesen. Wandverkleidungen aus hellen Birnbaumholz mit dunklen Einfassungen, Klubstühle, deren Innenflächen mit schönem Holzblatt überzogen, deren Außenflächen aber mit Lederrücken bedient sind, dunkle Tapeten, eine Lichtquelle inmitten des Raumes, die Licht in eine in mattem Holz gehaltene Wohnung der Decke ausländet, runde schwere Tische, auf denen Spindeln und weißes Porzellan stehen, wurde nach langer und teuerer ersterer Anstrengung mit einer kleinen Rechteit angenommen. Das Heim befindet sich gegenwärtig etwa 100 Kinder, namentlich von Freigewerbe, die darüber einer Beschäftigung nachgehen. Der Oberbürgermeister warnte davor, der Stadt ohne zweigängigen Grund neue Dächer aufzuziehen. Die Finanzlage der Stadt sei keinemwegs rosig. Man werde für dieses Jahr zu rechnen haben. Dazu kommt der Minderertrag aus den gegenwärtigen Steuern und weiter der Umstand, dass noch mit einem Abbau dieser Steuern gerechnet werden müsse.

Bauen. Als Bauabschlußtag für das Ober-

anjährige Fernsprechkabel, das gelegt worden ist, um den automatischen Fernsprechverkehr zwischen Bautzen, Löbau, Reichenbach und Zittau mit Benutzung der neuen Raumfunkapparate einzuführen, fehlen noch immer etwa 25.000 M., obwohl der Bauabschlußtag auf die Vorstellungen der Bautzener Handelskammer hin von 200.000 M. vom Reichspostministerium auf rund ein Drittel dieser Summe erhöht worden ist. In Rücksicht auf die großen Vorteile, die der "Sofortverkehr" allen

Fernsprechstellen bringt, und da es sich hier um eine besondere Leistung der Post handelt, bittet jetzt die Bautzener Handelskammer alle interessierten Gemeinden, die bereits gesetzten Beiträge möglichst um das Doppelte zu erhöhen.

Herrnhut. Die Oberlausitzer Bauernschaft wurde vor Kurzem hier eröffnet. Bürgermeister Dr. Burckhardt gab aus Anlass der Gründungsfeier seiner Freude über das Gelungen des ersten Abschnitts.

Betheläder. (Amtsh. Löbau). Die Gemeinde ist dem Gemeindeschulungsbund Oberlausitz beigetreten. Weiter haben die Gemeindevertreter beschlossen, um dem immer mehr zunehmenden Bevölkerungszuwachs zu steuern, Gutscheine gegen Erziehung des Menschen an die Einwohnerchaft abzugeben. Die Gutscheine berechtigen nur zum Kauf von Lebensmittel in diesen Geschäften und zur Übernachtung in der Herberge Herrnhut.

Nieja. Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Ritschke ist hier im Alter von 69 Jahren gestorben.

Wehlen. Für Löhne und Bergherbergwerke haben die Stadtverordneten 8000 M. nachbewilligt.

Borna. Der Bezirksausschuss der Kreisgemeinde Borna hat der in Görlitz geplanten Gottlieb-Dalperts die gewerbspolitische Genehmigung, deren Bestimmungen sich mit den wasserpolizeilichen im allgemeinen decken, erteilt. Die Frage des Bebauungs- oder Errichtung der Dalperts bleibt bei dieser Genehmigung unberücksichtigt. Am Schluss der öffentlichen Sitzung beschloßt sich der Ausschuss mit Gewerbeaufsichtsverordnung. Es handelt sich um einige Anträge von Mitgliedern des Ausschusses. Man wendet sich zunächst dagegen, dass die Unterstellung der Gewerbetreibenden immer noch den Charakter der Bürgschaft trage, obwohl die Mittel dafür zum großen Teil durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden. Es soll darauf hingewiesen werden, dass Gewerbeaufsichtsverordnungen bald herauszubringen. Weiter sollen die Gewerbetreibenden in Taxihäfen entlohn und in der Kronenversicherung besser gefestigt werden als die übrigen Gewerbetreibenden. Ferner soll in der Einlage an die Kreishauptmannschaft darauf hingewiesen werden, dass es erwünscht sei, den Bezug dazu, die Gemeinden von der Beitragspflicht zu befreien.

Aus Sachsen.

Leipzig. Der Reg. Großbritannische Konsul, Dr. Robert Rendel Kohan, ist durch seine Regierung nach Kowno berufen worden und hat Leipzig verlassen, um erst kurz Zeit einen kranken Kollegen in Kiel zu vertreten und danach sein Amt in Kowno anzutreten. Dr. Pro-Konsul Huller bleibt beim heissen Konsulat als Vertretender Konsul.

Chemnitz. Heute vormittag sind aus Aulog

des 75. Jahrestages des Handels- und Gewerbevereins im Erzgebirge in Anwesenheit von Vertretern der Behörden, der Handelswirtschaft und der Presse ein Festakt im großen Saal des Kaufmännischen Vereinshauses in Chemnitz statt.

Chemnitz. Das Städtische Elektrizitätswerk am Nordplatz wird zuerst um einen Wasserhütturm und ein Turbinenhaus erweitert. Zu diesem Zwecke macht sich auf dem an dem Chemnitzer gelegenen Gelände des Werkes der Ausbau von etwa 500 Kubikmeter Erde erforderlich. Die Arbeiten scheinen rasch fort. — Nach Mitteilung des höchsten Arbeitamtes hat sich im Laufe des Monats November eine Besserung des Arbeitsmarktes in fast allen Betriebsgruppen gezeigt. Die Zahl der ungewöhnlich gewerbeten Kurzarbeiter ist auf ein Minimum gesunken, die der kurzarbeitenden Firmen auf ein Siebentel. Gegenüber Ende Oktober sank die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen von 3471 auf 2935.

Oberwiesenthal. Am 20. Dezember wird die neue Schwebebahn, die den Ort Oberwiesenthal mit dem Fichtelberg verbindet, dem Verkehr übergeben. Die Bahn hat auf einer Strecke von 1250 Metern eine Steigung von 310 Metern zu überwinden. Die Fahrt in den zwei neu errichteten Robinien, die mit Holz- und Beleuchtungsanlagen ausgestattet sind, wird etwa 6 Minuten dauern. Der Ort Oberwiesenthal, der ohnehin schon zu den größten und bedeutendsten Wintersportplätzen Deutschlands gehört, wird somit um eine Anlage bereichert, die auch den weniger Häufigen es ermöglicht, den höchsten Berg Sachsen zu erreichen, um sich an den Schönheiten der wenigen Jahreszeit auch auf dem Fichtelbergspitze erfreuen zu können. Gelegenheit zur Unterhaltung in den Touristen oder Erholungsbetrieben in männlichster Form geboten. Für die Wintersportlager ist eine neue Modelldämme geschaffen worden, die sich bei der Talfahrt der Schwebebahn endet. Eine vorzüchliche Eisbahn ist im Entstehen, während eine neue moderne Bobbahn im nächsten Jahre geschaffen werden soll.

Hohenstein-Ernstthal. Die Stadtverordneten haben die Wiedereinführung der Beitragsabreißer für die noch am 31. Dezember 1919 erworbenen Grundstücke beschlossen. Diese Steuer war im vorigen Sommer aufgehoben worden, so aber im Interesse der häuslichen Finanzen dringend nötig. — Die von den Stadtverordneten angenommene Bestimmung, wonach bei der Bevölkerung von Baugeldern an Haushältern ein der Mieteranteil gehört werden soll, hat der Rat abgelehnt. In der letzten Sitzung haben die Stadtverordneten diese Bestimmung aber aufrecht erhalten mit 16 gegen 9 Stimmen.

Görlitz. Infolge des Parteidiebstiegs der Städteindustrie und der Einschärfung der Bau-

tätigkeit ist die Zahl der Erwerbstäler hier am 1. Dezember auf 10779 männliche und 167 weibliche gestiegen.

Überoderwitz. Die Gemeindeverordneten haben einstimmig einen Antrag angenommen, die Sozial- und Kleinrenten von der Fleischindustrie zu befreien.

Bischofsgrün. Von den Stadtverordneten

Hannover, 14. Dezember.

Zeugenbefragung im Fall Haarmann

beginnen. Die bitterlich weinenden Eltern charakterisieren ihr verlorenes Kind als sehr ordentlich und gut. Der auf dem Gesetzestisch liegende Hut des Jungen ist seinerzeit von einem nach Aussage der Beamten auf der Bahnhofswache unbekannten Mannen bei der Polizei abgegeben worden. Er später, als das Wiederfahren gegen Haarmann eingeleitet wurde, haben die Ermittlungen ergeben,

daß dieser unbekannte Mann Haarmann gekannt ist.

Der Kriminalrichter Quitta kennt Haarmann länger aus dem Dienst in der Bahnhofswache im Jahre 1922. Damals telephoniert

Haarmann oft auf der Woche und war Zeuge für die Polizei. Haarmann hat um diese Zeit diesem Beamten den Hut angeboten.

Er sagte: Herr Quitta, ich habe einen schönen

hat für Sie, den ich schon länger getragen habe."

Zeuge Quitta: Ich habe den Hut angenommen

von Haarmann selbst, nicht von einer unbekannten Person, wie im Auktionsvertrag tatsächlich steht.

Vor.: Dieser Prozeß ist nicht dazu angelegt, in

allen Einzelheiten die Schuld oder das Verhalten

davon aufzuzeigen, doch noch ein

besonderes Verfahren in Sachen der Polizei

vor dem Disziplinargerichtshof

erfolgen werde. Oberstaatsanwalt zum Zeugen:

Haben Sie schon einmal einen Ausweis

für Haarmann abgesetzt?

Zeuge Quitta: Nein, ich kann mich nicht daran erinnern.

Vor.: Haben Sie jemals einen solchen

Haarmann in der Haarmanns Wohnung umgebracht.

Überhaupt seit er jemals drei Jahren nicht in Haarmann Wohnung gewesen. Er sei damals sogar mit Frau verfeindet gewesen. Vor.: Nun sagen Sie mal, Haarmann, wenn Sie beiden Verdächtigen nur Untreit tun? Haarmann (erregt): Dann ist das gemein und hat ja auch keinen Zweck.

Vor.: Haben Sie jemals irgendwelche Gifte bei sich gehabt, Opium oder Morphium?

Wittkowski: Nein, niemals.

Vor.: Was sagen Sie zu der Geschichte? Grans:

Das ist alles von Haarmann gelogen. Das ist

Haarmann nur aus Rage. Vor.: Was haarmann denn gegen Wittkowski haben? R.W. Grans: der Kriminalist, der Freind, hat Wittkowski ihm den Feind

weggestohlen. Das spielt ein physiologisches Moment.

Sind Sie jetzt wirklich verhaftet, Wittkowski, oder haben Sie sich freiwillig gestellt?

Wittkowski: Ich habe mich freiwillig gestellt, obgleich ich die Möglichkeit gehabt hätte, schon vor einem halben Jahr ins Ausland zu fliehen, wenn ich mich schuldig gefühlt hätte.

Nach diesem teilweisen Zusammenbruch der

Haarmann'schen Anschuldigungen werden

eine ganze Anzahl Verdächtiger und deren Freunde vernommen, von denen Haarmann gesagt

hat, er habe in ihrem Leben Fleisch gekauft.

Sie sagen überwiegend aus, dass sie Fleisch

meist billiger verkauft hätten, obgleich Haarmann

das von ihm verkauft angebliche Fleisch

unter Ladenpreis fortgegeben hat. Die Zeugen

entstehen sich ohne Ausnahme nicht, Haarmann

genauer zu kennen, obgleich Haarmann bei diesen

gefoult haben will und gewöhnlich Fleischzähne

hatte. Haarmann hat an zahlreiche der früher

vernommene Zeugen dauernd schärfer, von den

Zeugen bezeugt. Vor.: Haarmann hat Haarmann

ausgerechnet, dass er wiederholte

Zeugen hat. Vor.: Was haarmann gegen Wittkowski gemacht?

Die Verhandlung wird darauf auf

